
AKW Jungfreisinn will Atomausstieg verhindern, *«Bund» vom 19. August*

Atomkraftwerke sind auch ökonomisch nicht sinnvoll

Die Jungfreisinnigen wollen mit ihrem Gegenvorschlag zur Initiative «Energie- wende Bern» offenbar den Atomausstieg in der Stadt Bern verhindern. Das Festhalten an der Grosstechnologie aus dem letzten Jahrhundert erstaunt - nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen.

Jenseits von ideologischen Gedankengängen ist es seit Beginn der zivilen Nutzung der Atomenergie eine Tatsache, dass keine privatwirtschaftliche Versicherungsgesellschaft bereit ist, die Betriebsrisiken von Kernkraftwerken angemessen zu versichern. An sich ist das Haftpflichtgeschäft ein Kerngeschäft der Versicherungsgesellschaften, ganz im Sinn der freisinnigen Wirtschaftspolitik. Die privaten Versicherer haben aber erkannt, dass das Versichern der Risiken von Kernkraftwerken, wenn man richtig rechnet, kein Geschäft ist. Die Risiken sind zu gross und eine risikogerechte

Prämie wäre so hoch, dass der Atomstrom am Markt nicht mehr konkurrenzfähig wäre.

Aus diesem Grund übernimmt der Staat - das heisst wir Bürger und Bürgerinnen - seit dem Inkrafttreten des Atomgesetzes am 1. Juli 1960 den weitaus grössten Teil des Risikos von Kernkraftwerken. Wäre die Haftungsbeschränkung für die Betreiber nicht ins Gesetz aufgenommen worden, hätten die Elektrizitätswerke nicht mit dem Bau von Atomanlagen begonnen.

Auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines grossen Unfalls mit radioaktivem Ausfall klein sein mag, die Schäden würden auf Jahrhunderte ein normales Leben in der Schweiz verunmöglichen. Als Bürger mag ich dieses Risiko nicht tragen. Die Privatversicherer können betriebswirtschaftlich rechnen, die Jungen unserer Wirtschaftspartei FDP - Die Liberalen offenbar noch nicht.

Peter Ammann, Stadtrat Grünliberale Bern